

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 17/2573**



FEDERAL UNION OF EUROPEAN NATIONALITIES  
FÖDERALISTISCHE UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN  
ФЕДЕРАЛИСТСКИЙ СОЮЗ ЕВРОПЕЙСКИХ НАЦИОНАЛЬНЫХ МЕНЬШИНСТВ  
UNION FÉDÉRALISTE DES COMMUNAUTÉS ETHNIQUES EUROPÉENNES

FUEN · Schiffbrücke 41 · 24939 Flensburg · Germany

Herrn  
Bernd Voss  
Vorsitzender des Europaausschuss  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
Deutschland

Flensburg, 20 Juli 2011

**EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma**

Sehr geehrter Herr Voss,

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 1. Juli 2011 finden Sie anbei eine Antwort der FUEV auf die Fragen des AdR-Subsidiaritätsnetzwerkes zum „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma“.

Nicht in allen Punkten erschien uns eine Antwort seitens der FUEV als sinnvoll – wir haben uns daher auf die Beantwortung der Punkte 1 und 6 beschränkt.

Auch auf diesem Wege nochmals vielen Dank für die gute Zusammenarbeit mit dem Europaausschuss. Der FUEV ist sehr daran gelegen, die Zusammenarbeit zu vertiefen und weiter an den Informationen des Europaausschusses zu partizipieren. An Informationen aus der Europäischen Union, die die Minderheiten Europas tangieren sind wir auf jeden Fall interessiert.

Gerne sind wir jederzeit wieder bereit unseren Input und Mitwirkung als zivilgesellschaftlicher Vertreter der europäischen Minderheiten einfließen zu lassen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen, erholsamen Sommer

Jan Diedrichsen  
- FUEV-Direktor-

**Anlage**  
FUEV-Stellungnahme

[www.fuen.org](http://www.fuen.org)

FUEN · Schiffbrücke 41 · 24939 Flensburg · Germany  
Telephone +49 461 126 55 · Telefax +49 461 16 07 09 · info@fuen.org

Union Bank Flensburg · BLZ 215 201 00 · KTO 00120 84 · SWIFT UNBNDE21 · IBAN DE31 2152 0100 0000 0120 84  
Sydbank Flensburg · BLZ 215 106 00 · KTO 100 035 1600 · SWIFT SYBKDE22 · IBAN DE55 2151 0600 1000 3516 00

## **Anmerkungen FUEV : EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma**

### **Zu Frage 1)**

Die FUEV begrüßt eine europäische Initiative im Bereich der Roma auch mit Hinblick auf die Definition von allgemein gültigen Richtlinien für die Mitgliedsstaaten.

Es muss dabei deutlich unterstrichen werden, dass die dringenden Probleme der Roma (die Staatsbürger ihrer jeweiligen Länder sind) im entsprechenden Heimatland gelöst werden müssen. Hier denken wir vor allem an die Probleme in der ganz konkreten Daseinsfürsorge der Roma, die bekanntlich unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen. Deutlicher ausgedrückt: europäische Initiativen dürfen nicht als Alibi für Staaten der EU herhalten, sich aus der Verantwortung hinsichtlich „ihrer“ Roma zu verabschieden.

Einigen EU-Staaten stehen vor gewaltigen Herausforderungen, die sie trotz mehr oder weniger großen Anstrengungen (noch) nicht gelöst haben / können / wollen. Es ist daher sehr begrüßenswert, dass die EU Rahmenrichtlinien und Vorgaben definieren will.

Diese europäischen Rahmenrichtlinien dürfen nicht nur Empfehlungen sein, sondern müssen mit ganz konkreten Forderungen und vor allem Sanktionsmaßnahmen bei Nichterfüllung begleitet werden. Sollten einige Ländern die europäischen Vorgaben nicht einhalten (die natürlich auch finanziell durch die verschiedenen EU-Finanzierungsmöglichkeiten flankiert werden müssen), muss dies vorher bestimmte, spürbare Konsequenzen mit sich führen.

Es bedarf bei der Lösung der Roma-Problematik nicht nur eines Zusammenspiels zwischen EU-Mitgliedsstaat (und dessen Gebietskörperschaften) und der Europäischen Union – sondern eine nachhaltige Entwicklung auf Basis einer europäischen Rahmenstrategie wird nur dann gelingen, wenn die Betroffenen, die Roma, vor Ort und ihre Interessensvertreter auf nationaler und europäischer Ebene mit eingebunden werden. Die zivilgesellschaftlichen Vertreter müssen die Entwicklung konkret und nachvollziehbar mit bestimmen können.

### **Zu Frage 6)**

#### Deutsch-dänisches Grenzland:

Im deutsch-dänischen Grenzland leben vier autochthone Minderheiten. Die Sinti und Roma, die Friesen, die deutsche Minderheit und die dänische Minderheit. Das (nationale) Spannungsfeld der Minderheiten hat die Geschichte des Grenzlandes entscheidend geprägt. In den vergangenen 20 Jahren ist aus dem Konflikt zwischen den Minderheiten ein gemeinsames Arbeit für die Region gewachsen.

Auf Initiative der Minderheiten und in Kooperation mit dem Land Schleswig-Holstein ist das „Dialogforum Norden“ entstanden, in dem die Minderheiten gemeinsam Probleme, Strategien und Zukunftsfragen diskutieren. In diesem Gremium hat es eine Annäherung an die Fragestellungen der Sinti gegeben und es wurde durch den formalisierten Dialog ein Verständnis unter den „etablierten“ Minderheiten für die besonderen Anliegen der Sinti geschaffen. Dies hat sich nunmehr zu einer starken Solidarisierung unter den Minderheiten entwickelt: Zuletzt bei der klaren Stellungnahme der Minderheiten mit Hinblick auf die Aufnahme der Sinti in die Verfassung des Bundeslandes Schleswig-Holstein abzulesen.



FEDERAL UNION OF EUROPEAN NATIONALITIES · FÖDERALISTISCHE UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN  
ФЕДЕРАТИВНЫЙ СОЮЗ ЕВРОПЕЙСКИХ НАЦИОНАЛЬНЫХ МЕНЬШИНСТВ · UNION FÉDÉRALISTE DES COMMUNAUTÉS ETHNIQUES EUROPÉENNES

### Europaweit:

Hervorzuheben ist mit Blick auf „best Praxis“-Beispiele der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene, die auf die oben beschriebene Grundidee des Dialogforums Nordens fußende Initiative der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV). Die FUEV ist mit 90 Mitgliedern in 32 Ländern, der größte zivilgesellschaftliche Vertreter der autochthonen Minderheiten in Europa.

Die FUEV hat sich gemeinsam mit ihren Mitgliedsorganisationen (unter ihnen auch die Roma-Organisationen aus Deutschland und Österreich) überlegt, wie man als zivilgesellschaftlicher Vertreter der autochthonen Minderheiten in Europa unter Hinzunahme der eigenen Erfahrungen einen substantiellen Beitrag zur Roma-Diskussion leisten kann. Als ersten Schritt haben die Delegierten der FUEV vor kurzem ein Grundsatzpapier „Solidarität mit den Roma!“ verabschiedet, das den Rahmen für die Aktivitäten der FUEV bildet.

Die FUEV ist derzeit in Verhandlungen mit der EU-Kommission, um gemeinsam zu überlegen, ob aus diesen grundsätzlichen Gedanken, die in der sog. „Eisenstädter Erklärung“ formuliert sind, ein konkretes Maßnahmenpaket zu schnüren ist.

In der Eisenstädter Erklärung der FUEV heißt es mit Hinblick auf die Einbindung der Zivilgesellschaft:

Die FUEV bekennt sich zur Solidarität mit den Roma. Sie verfügt als größter Dachverband der Minderheiten in Europa aus der eigenen Erfahrung ihrer Mitglieder über besondere Qualifikationen, die zur Verbesserung der Einbeziehung der Roma in alle Bereiche des öffentlichen und politischen Lebens und zur Verstärkung ihrer Vertretung in Institutionen und gewählten Gremien auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene nutzbar gemacht werden können. Die Heterogenität der einzelnen in der FUEV vertretenen Minderheiten ist eine gute Voraussetzung dafür, komplexe Programme und Projekte umzusetzen, die speziell auf die besonderen Bedürfnisse der in unterschiedlicher Weise lebenden Roma-Gemeinschaften zugeschnitten sind.

Minderheitenorganisationen sind in besonderer Weise qualifiziert, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und dem Grundsatz der Subsidiarität Rechnung zu tragen. Die FUEV sieht die bewusste und konsequente Integration der Roma in die Zusammenarbeit aller Minderheiten als ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung von Vorurteilen und Diskriminierung an. Minderheiten verfügen über eine besondere gesellschaftliche und interkulturelle Kompetenz, die mit einem ausgeprägten Bewusstsein für Recht und Gerechtigkeit einhergeht. Die Solidarität von Minderheitenangehörigen untereinander sollte verstärkt auch dazu genutzt werden, der Volksgruppe der Roma in ihrer besonderen gesellschaftlichen Situation zu mehr Verständnis und Akzeptanz seitens der Mehrheitsbevölkerung zu verhelfen.

Anzustreben ist eine solidarische Verbindung von Angehörigen der Roma mit anderen Minderheitenorganisationen. Wenn Vertreter der Roma mit Mitgliedern anderer Minderheiten außerhalb ihres gewohnten Lebensumfeldes zum persönlichen Kennenlernen und zum Dialog zusammengeführt werden, können Erfahrungsaustausch und Best-Practice-Beispiele auf regionaler und lokaler Ebene zu einer Ermutigung der Roma zur Teilnahme am zivilen und politischen Leben führen. Ziel muss es sein, eine bessere Beteiligung der Roma in allen Bereichen des öffentlichen und politischen Lebens und eine Stärkung ihrer Mitwirkung in Institutionen und Gremien innerhalb des europäischen Mehrebenensystems zu erreichen, ohne die spezifischen Bedürfnisse der Roma-Gemeinschaften zu vernachlässigen.

Im Wege des gegenseitigen Kennenlernens kann eine von Respekt und gegenseitigem Verständnis getragene solidarische Verbindung von Angehörigen der Roma mit den Vertretern anderer Minderheiten entstehen. Durch gemeinsames Auftreten und eine gemeinsame Artikulation von Interessen würde die ablehnende Haltung gemildert, die den Roma immer noch als erstes entgegenweht, wenn sie isoliert auftreten. Hier bieten sich die

in der FUEV organisierten Minderheiten Europas als „Brückenbauer“ an: Mit ihrem speziellen Erfahrungshintergrund sind sie die geborenen Mittler zwischen den Gemeinschaften der Roma und der Mehrheitsbevölkerung.